

Bezugpreis

für Halle vierteljährlich 2,50 R., durch die Post 3 R., zweimonatlich 2 R., einmonatlich 1 R., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Anzeigenstellen angenommen. Nummer 5002 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich S. S. Albert Perling in Halle. (Hauptredaktion mit Berlin und Leipzig.) Rufnummer Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Wierundzwanzigster Jahrgang.

Beiziger

weder die Epistole ober kein Mann mit 20 Rgr., solche aus Halle mit 15 Rgr. berechnet und in der Expedition, von weiteren Anzeigenstellen an allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Bestellen die Seite 60 Rgr.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.

(Der Nachdruck unserer Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.)

Nr. 136.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 14. Juni

1890.

Deutsches Reich.

* Berlin, 12. Juni. Der Kaiser stiftete am gestrigen Abend während seines Aufenthaltes in Berlin dem noch lebenden Erbprinzen von Meiningen einen Besuch ab. Heute vormittag verließ der Kaiser um 10 Uhr im Arbeitszimmer und begab sich gegen um 11 Uhr in Begleitung des Prinzen Heinrich und gefolgt von den Stiefelknechten zum Dienst von Schloss Friedrichsteden aus zu Wagen nach der Matrosenstation bei Potsdam und von dort aus mit dem Kronprinzen von Italien, welcher dem künftigen Stabkapitän zu Potsdam ebenfalls zu Wagen dorthin gekommen war, mittels des künftigen Kommandanten des Regiments, der Generalität und vieler anderen höheren Offizieren z. einer Schießbahn der Schießschule bei. Bei derselben bildeten die Offiziere, welche mit dem Prinzen verfahren waren, zwei Bände, die Stämme-Mannschaften eines Regiments. Am Schluß der Übung gab Karadenakoff statt. Hierauf nahmen die Herrschaften die verbleibenden Gewehrarten und Kaliberorten in Augenschein. Inzwischen hatte Sr. Maj. des k. u. k. Erbprinzen zu Fuß und des k. u. k. Kronprinzen-Regiments, Königin Elisabeth, Alancien lassen. Die Regimenter waren in kürzester Zeit lehrmännlich ausgearbeitet und bestanden im Paradezug vor dem Kaiser und dem Kronprinzen von Italien. Später wurde im Kasino der Militär-Schießschule das Frühstück eingenommen, worauf die Herrschaften nach Potsdam zurückkehrten. — Zu Ehren des Kronprinzen von Italien fand heute bei dem Prinzen von Meiningen ein Frühstück bei dem Prinzen und der Prinzessin in der Villa Bruns im Park statt. Der Kronprinz von Meiningen nahm ebenfalls an der Tafel teil. Der Kronprinz von Italien beabsichtigt morgen Abend nach 10 Uhr Potsdam wieder zu verlassen, um über Bonn auf d. W. seine Rückreise fortzusetzen. — Die Kaiserin wird in der nächsten Zeit nach der Bestimmung und wird in ganz kurzer Zeit wohl wieder hergestellt sein. — Der Prinz und die Prinzessin Heinrich geben heute Abend Potsdam zu verlassen und auf der Bremer Bahn mit dem sächsischen Züge 11 1/2 Uhr von hier abzureisen.

* Die gestrigen Verhandlungen der Militärkommission begannen mit der Beratung des § 2 der Vorlage. Nachdem die erste Position, Vernehmung der Infanterie-Battalione um 4 mit 20 Stimmen (Major: Centrum) geschlossen, die vierzehnten Artikel und die Nationalitäten gegen 8 Stimmen (Deutschfreisinnige, Volkspartei und Sozialdemokraten) erledigt war, wurde von weiteren technischen Detailverhandlungen abgesehen. Der ganze Paragraph (70 neue Bataillone der Feldartillerie, 1 Bataillon Grenadier und 3 Bataillone Train) wurde, wie von uns gestern bereits durch den Bericht über die Verhandlungen über die Einmengen angenommen. Herr Windthorst erklärte wiederum, seine Bemerkungen seien nur vorläufig. Dagegen erklärte Abg. Dr. Richter, jedoch mit dem Hinweis, daß er im Prinzip an der Gewährung von Kompensationen der Verluste, bezw. v. Ruene bewilligt ist, wird zunächst ohne jeden Vorbehalt der Zustimmung über 1 wird zunächst der Antrag Richter, betr. jährliche Feststellung der Friedenspräsenz, verhandelt. Der Antragsteller glaubt, daß der jährlichen Feststellung einer Durchschnittsziffer der Heeresverwaltung eine bedeutende Erleichterung für die Bewilligung der Friedenspräsenzliste zu gewähren seien und unter gewissen Umständen gehen würde. Herr v. Ruene glaubt, daß die Frage der jährlichen Feststellung nicht so wichtig ist, daß man hierüber das Gesetz scheitern lassen könne. Abg. Windthorst betont nochmals, daß er stets für die jährliche Feststellung eintreten werde. Bei dem Widerstand der Regierung aber müsse er sich fragen, ob die heutige Zeit und die vorliegenden Umstände geeignet seien für eine solche Frage. Man könne doch nur dann mit Erfolg einen Antrag stellen, wenn man eine genügend starke Unterlage habe. Als eine solche könne er die heutige Vorlage aber nicht anerkennen. Wohl aber würde die Zukunft uns vielleicht recht bald eine solche Unterlage geben. Zur heute müsse man daher den Weg der Resolution beschreiten

und abwarten, wie dieselben aufgenommen werden. (Die ebenfalls gestern bereits kurz mitgeteilte Resolution Windthorst folgt unten). Abg. Richter fragt, was unter Aufnahme der Resolution denn zu verstehen ist. Wenn die Regierung das, was durch die Resolution genehmigt werden, im nächsten Etat gewährt, dann würde auch er die heutige Vorlage bewilligen. Für diese Genehmigung sei aber eine Aussicht vorhanden. Vor einer Auflösung des Reichstags fürchte er sich nicht, denn niemals sei der Zeitpunkt die Frage vor's Volk zu bringen, so günstig wie heute. Die Genehmigung der Vorlage ohne Kompensationen bedeute für ihn einfach Unterwerfung des Reichstags unter den Willen der Regierung. Abg. v. Bennigsen glaubt, daß wenn die Regierung die Gesetze bei einjähriger Bewilligung jetzt noch nicht auf sich nehmen wolle, der Reichstag seinen Widerstand leisten dürfe. Die einjährige Bewilligung ist am wenigsten geeignet, den Widerstand abzuwehren. Im Jahre 1887 eine dreijährige Bewilligung für konstitutionell zulässig erklärt habe. Abg. Richter weist darauf hin, daß die Forderung der einjährigen Bewilligung nur ein kleiner Teil der verlangten Kompensationen ist, ohne deren ganze Gewährung die freisinnige Partei eintig in der Ablehnung der Vorlage liege. Die Resolution Windthorst ist nur ein Wunschzettel; da derlei aber programmatische Forderungen der freisinnigen Partei in sich trage, werde er für die Resolution stimmen. Er behauptet, daß das Centrum nicht schon bei dem ersten Schritt den Widerstand leite, welchen es bei dem später zu erwartenden Forderungen der Regierung in Aussicht stellt. Auch den heutigen Winkus würde der Konflikt für die Zukunft nicht so leicht zu vermeiden sein. In der Regierung der Glaube erweckt würde, ihren Willen stets durchsetzen zu können. Abg. v. Mantuffel (son.) glaubt, daß die Regierung schon 1874 durch Zustimmung zum Septennat statt eines Jahres die mögliche Konzeption gemacht habe. Abg. Müller (Rechts) erklärt den Widerstand der freisinnigen Partei nicht sehr willigen weil dies Verzicht auf die Verantwortung nicht so tragen habe, selbst bei einem abweichenden Votum. Abg. Lieberich erklärt sich für den Antrag Richter und eventuell für die Resolution Windthorst, obgleich die letztere gar keine praktischen Resultate habe. Herr v. Ruene erklärt sich für eine Kompromiß-Resolution. Windthorst betont nochmals, daß er Zeit zu einer Kompromiß-Resolution nicht für geeignet erachte. Er bezieht nicht, wie die Regierung oder vielmehr nur ein Mitglied derselben (Minister v. Goltz) für die heutige Zeit so unerbittlich gegen das Centrum stellen könne, wie das in der allerjüngsten Zeit in der Vorlage (in dem Artikel des Reichsanzeigers über die Ehrengehälter) geschehen ist. Der Reichstag ist, wie Herr v. Ruene glaubt, Windthorst um etwas mildere Ausdrucksweise eruchen zu müssen. Abg. Windthorst erklärt in seinen weiteren Ausführungen, daß er für die Erhöhung der Offiziersgehälter auch nicht ein Motiv (alle hannoversche Könige von 481) heranzuziehen wolle. Er sei ein Anhänger des Reichs tags für die Erhöhung der Offiziersgehälter, aber er habe Grund, nach einer wiederholten Auflösung weitere Folgen zu fürchten, über die er sich jetzt nicht äußern will. Abg. Richter weist die Angriffe des Abg. Müller auf die feinsinnige Partei zurück. Er würde sich nicht erlauben, der feinsinnigen Partei einen Vorwurf zu machen, daß sie die heutige Vorlage der Regierung nur zustimme, weil sie ohne Unterbrechung der Regierung überhaupt nicht mehr existieren könne. Er hält es ferner nicht für richtig, daß Herr Windthorst so selbstlose Bemerkungen von einem so bedeutenden Schrecklichen gemacht habe; man könne dann leicht zu dem Glauben kommen, als wäre ein Staatsrecht seine Resolution von oben möglich. Da aber die Rechte der Parteien nicht weniger seien wie die des Volkes, so dürfe man bedauerliche Unterstellungen gar nicht machen. Dies sei ja doch möglich unter der Voraussetzung, einer gewissenlosen Regierung und eine solche könne er nie voraussetzen. Abg. v. Beyer (Volksp.) erklärt ebenso sich einverstanden mit dem Antrag Richter, wobei aber für den Fall, daß das Gesetz abgelehnt werden, wenn auch nur ungenügend, für die Resolution Windthorst stimmen, weil er die für ein Dokument der parlamentarischen Ehre halte. Der Kriegsminister glaubt, daß Art. 63 der Verfassung hinweisen zu müssen, nach welchem der Kaiser das Recht habe, den Reichstag zu bestimmen. Daß das Septennat nachgegeben worden ist, müsse doch schon als eine

Konzeption gegenüber dem Rechte des Kaisers aufgefaßt werden. Abg. Richter weist diese Interpretation des Art. 63, wie sie schon einmal durch Fürst Bismarck gegeben worden ist, als eine unrichtige zurück. Art. 63 beziehe sich lediglich auf den Wahlschein und der Konzeption des Reichstages. Die Friedenspräsenzliste des Reichstages in seiner Gesamtheit ist nach Art. 60 der Verfassung im Wege der Reichsregierung festzustellen. Eine nichtbündliche Anwendung des Art. 63 würde eine Verletzung der Verfassung bedeuten. — Aus Rücksicht auf die bedeutenden Abgeordneten des Centrum, welche sich noch einmal mit ihren Wählern im Benehmen legen wollen, wird die nächste Sitzung auf Montag Abend angelegt.

* Die von dem Abg. Dr. Windthorst zur Militärvorlage eingebrachte Resolution lautet:
1. Die Erwartung auszubringen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durch geführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerhörliche Kosten erwachsen müßten.
2. Die Erwartung auszubringen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Änderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzliste des Reichs unter Umgehung der durch die Bestimmung des Septennats das Gesetz als Kompensationen aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Änderung der Verfassung zu verlangen.
3. Die verbündeten Regierungen zu eruchen, eine solche Herabminderung der thätigen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch Verlängerung der Ruhezeit, sei es durch Vermehrung der Dispositions-Verurlaubungen einzutreten zu lassen.
4. Die verbündeten Regierungen zu eruchen, die Einführung der getriebenen ungetriebenen Dienstzeit für die Subtruppen in ernsthafte Erwägung zu ziehen.

* Die Arbeiter-Kommision setzte gestern die Beratung des von den Fortbildungsschülern handelnden § 120 fort. Die Debatte verlief sich in sehr allgemeine Betrachtungen über Zweck und Erhaltung der Fortbildungsschulen übertrug. Die Aufhebung der schon bisher bestehenden Bestimmungen, nach welcher der Reich der Fortbildungsschule durch Prüfungen obligatorisch gemacht werden kann, wurde u. a. nach dem Abg. v. Sturm befürwortet. Sehr eingehend trat Herr v. Bismarck für die Aufhebung aller Vorläufe und Anordnungen der Regierung vor. Bei der Abstimmung wurden die Änderungsanträge abgelehnt, bis auf einen, der ursprünglich von den Sozialdemokraten gestellt, alsdann auch vom Abg. v. Bismarck übernommen war und dahin ging, daß, wenn der Fortbildungsschüler unter achtzehn Jahren in die Arbeit tritt, er in die Fortbildungsschule gelehrt werden soll. Man ging dann zum Beschluß über. Zu dem in der Regierungsvorlage unternommenen § 120 wurden seitens der Abg. v. Babel und Herr v. Bismarck beantragt. Die Debatte über diesen Paragraphen kam nicht zum Abschluß.

* Berlin, 12. Juni. Wie verschiedentlich bekannt wird, ist es Minister Luigi Galimberti, Nuntius in Wien, gewesen, welcher Herrn v. Goltz das Märchen aufgebunden hat, daß der Papst resp. der hl. Stuhl die jüngste kirchenpolitische Vorlage im Prinzip gebilligt hätte. Thatsache ist, daß der sonst so vorsichtige Nuntiusminister von irgend einer maßgebenden vatikanischen Persönlichkeit versichert wurde. Galimberti hat seit 1855 bei allen kirchenpolitischen Vorlagen der preussischen Regierung Gevatter gesendet, und Herr v. Goltz, mit dem er seither persönlich befreundet ist, fand in ihm stets einen zuverlässigen Vertrauensmann. Galimberti hat in St. Peter niemals versichert wurde. Galimberti hat Galimberti den einflussreichen Posten eines Secretario della commissione ecclesiastica mit

Aus dem Jahre 1866.

II.

König Georg drängte zum sofortigen Marsch nach dem Eiden, um eine Vereinigung mit dem Bairen oder dem achten Bundescorps herzustellen, das tief sich aber angeht der großen Mängel in der Ausrüstung der Truppen nicht thun. Auf dem Wege durch Kirchheim lief man Gefahr, der preussischen Division Weher zu begegnen, es wurde deshalb am 20. Juni beschloffen, zunächst etwas weiter nach Osten auszubiegen und über Heiligenstadt und Mühlhausen die Richtung auf Eisenach zu nehmen, von wo aus die Verbindung nach dem Eiden frei gewesen wäre. Am 21. morgens wurde dieser Marsch angetreten. Da man preussischerseits glaubte, daß die hannoverschen Truppen sich in Göttingen verfangen würden und deshalb dorthin vorrückte, gelang der Bismarck nach Osten umgehrt. Am 21. kam das Hauptquartier nach Heiligenstadt, am 22. nach Mühlhausen und am 23. nach Langensalza. Es wäre für die hannoverschen Truppen ein Vorteil gewesen, am 24. den Marsch fortzusetzen, Gotha oder Eisenach zu nehmen, die Thüringer Eisenbahn zu überschreiten und dann umgedreht der Vereinigung mit dem Bairen entgegenzuziehen. Der preussische General v. Falkenstein hatte freilich gemessene Bemerkungen aus Berlin erhalten, von Hannover, Kassel oder Göttingen aus dem Hannoveranern in der Befehung der Thüringer Bahn vorzuzurufen und damit ihr Eintreten unmöglich zu machen; er war aber diesen Bemerkungen nicht gefolgt. Es war ein starkes Stück, daß Falkenstein es so weit hatte kommen lassen. Dies war ja gegangen. Eben, als seine Truppen den Marsch gegen Göttingen begannen, empfing er zwei Depeschen von General Wolke mit Nachrichten über die damalige Schwäche des achten Bundescorps in Frankfurt und mit der Aufforderung, so bald wie möglich Front gegen Eisenach zu nehmen und in raschem Vormarsch diese Kontingente auseinander zu jagen. „So bald

wie möglich.“ das hieß und konnte nichts anderes heißen, als gleich nach Entlassung der Hannoveraner. Als aber Falkenstein am 21. Juni die Nachricht erhielt, daß die Heinde von dort nach Mühlhausen und Eisenach abgezogen seien, daß sie mitten mehr als zwei Tagemärsche vorwärts hätten; da gab er die Verfolgung als hoffnungslos auf, und vertiefte sich völlig in die von Wolke ihm erstufte Aussicht auf glänzende frankfurter Vorbeere. Er schrieb dem Könige am 21., daß er jetzt nach dem Abzug der Hannoveraner über seine ferneren Operationspläne noch nichts sagen könne; von Göttingen aus werde er sich nach der Richtung wenden, wo er auf wesentliche feindliche Streitkräfte zu stoßen hoffen würde.
In Berlin glaubte man am 23. die hannoversche Armee völlig umstellt und ließ deshalb im Hauptquartier zu Langensalza noch einmal eine Aufforderung zur Waffenstreckung überreichen. Denn man dachte in Berlin bisher an keine Ausnahme außer der Schleswig-Holsteins und noch weniger an den Satz eines deutschen Fürstenthums. „Dem Könige war es ein persönlicher Kummer, mit so nahe verwandten und befreundeten Fürsten, wie den Königen von Hannover und Sachsen, im Treite zu stehen, und Bismarck drängte schon seit dem 12. d. M. auf eine Einigung, die ihm möglichst gemäßigter und verhältnißmäßiger hielte.“
Auf die preussische Aufforderung war man in Langensalza zu neuen Verhandlungen bereit; freilich wollte man nichts von Waffenstreckung wissen, um so mehr wünschte man aber, in friedlicher Weise nach Süddeutschland zu gelangen. Zur Verhandlung sandte der König den Major Jacobi nach Gotha, um dort telegraphisch mit Wolke zu verhandeln. Von Waffenstreckung, die wurde hierbei hannoverscherseits bemerkt, konnte keinesfalls die Rede sein, ehe ein hannoverscher Offizier durch den Augenchein von der Umzingelung durch eine erdrückende Uebermacht sich überzeugt habe.
Am 24. kamen Major Jacobi und Oberst Dammers, der Generaladjutant des Königs, nach Gotha, um die Unterhandlungen mit dem dort kommandirenden preussischen General

fortzusetzen. Dort gab es nun freilich keinen preussischen General als den Herzog Ernst; dieser aber hatte kein Kommando, erklärte sich jedoch bereit, eine Vermittelung zwischen den beiden Königen zu versuchen. Oberst Dammers verabredete mit dem Herzog eine Depesche nach Berlin, in welcher Hannover für freien Durchsich seiner Armee nach Süddeutschland Unkündigung seiner Truppen für ein Jahr anbot; unmittelbar darauf schickte derselbe Oberst Dammers heimlich eine Depesche nach Langensalza: die preussische Besatzung sei sehr schwach, man möge schleunigst zum Angriff übergehen, und gleichzeitig verabredete er mit dem Herzog von Coburg wieder, daß seine preussischen Verbündeten herangezogen werden sollten, bis der von Berlin zum Zwecke der Friedensverhandlung entsandte General v. Alvensleben eingetroffen sei.
Als König Georg erfuhr, daß in Gotha keine starke Besatzung sei und auch in Eisenach keine, rief er: „Es war also eine gründliche Aufschneiderei, wenn Wolke uns völlige Umzingelung haben ließ!“ Er beschloß auf der Stelle, daß seine Truppen zum Angriff auf Eisenach Stellung nehmen sollten, und schickte den Bismarck v. d. Wege nach Gotha mit der Befehlung, daß die Unterhandlungen abgebrochen seien, und die militärischen Operationen ihren Fortgang haben würden. Diese unerwartete Vermittelung war die erste Wirkung von Bismarcks eigenmächtigen Verfahren gegenüber den aus Berlin gekommenen Direktiven.
In Gotha war bei Herzog Ernst und dem hannoverschen Major Jacobi das Erlaunen sehr groß über die Nachricht, daß König Georg die militärischen Operationen wieder aufnehmen. Als man erfuhr, daß Oberst Dammers dem Bairen des Königs begeben sei, ihm jedoch auf die Mitteilung von dem Beschlusse des Königs lediglich gesagt habe, er möge seinen Auftrag vollziehen, lief Herzog Ernst: „Daß hier wie Helonie aus!“ Democh hielt er den Friedensschluß für gesichert, als ein Telegramm Bismarcks eintraf, welches meldete, König Wilhelm genehmige die von Dammers gemachten Vorschläge — Unfähigkeit der hannoverschen Truppen auf ein

dem nicht minder wichtigen eines päpstlichen Botschafters in Wien vernichte, wurde der größere Teil aller scheinbaren kirchlichen Unterhandlungen an der Donau ertragen und im Geheimen mit Leo XIII. erledigt. Seit einiger Zeit aber heisst Galimberti, das Haupt der mächtigen freisinnigen Partei, der sogenannten „perugini“, nicht mehr in dem Maße das Ohr des Papstes, wie das vor Jahren der Fall gewesen. Heute führt auf der Scala regia des vatikanischen Palastes die Partei der Ultramontanen das große Wort. Kardinal Maria Lucido Parocchi's Rath wiegt an entscheidender Stelle ungleich mehr wie das Jureden der Galimberti'schen Partei. So erklärt es sich, daß Herr Galimberti diesmal die Meinung eines der Würdigen gemacht hat, als er Herrn v. Schöller ließ, der Kopf für die Vorlesung nicht abgeneigt. Stets daran denkend, seinen Rath von Leo XIII. herbeizuziehen, hielt er es für überflüssig, sich in der päpstlichen Hofburg über die dort herrschende bezügl. Meinung zu orientieren. Selbstverständlich ist Herr v. Schöller über diesen Vorfall in hohem Grade enttäuscht, um so mehr, da er nicht einmal in der Lage ist, Herrn Galimberti öffentlich als seinen Gewissenmann zu bezeichnen und sich dadurch zu entlasten. Aber ein gut Teil seiner Gereiztheit richtet sich auch gegen Herr v. Schöller, welcher ungewissheit in der Lage war, jene optimistische Meinung seines Freundes Galimberti an der Quelle diplomatisch zu kontrollieren. Oedmal aber scheinen die gemäßigten Ultramontanen, welche er mit Vorliebe seinen vatikanischen Freunden zu geben pflegt, wenig oder gar nicht zur Klärung der kirchlichen Lage beizutragen zu haben. Anfang Juni wird Herr v. Schöller hier erwartet, und dürfte ihm dann beim Antritt seines nächsten Sommerurlaubes Gelegenheit geboten werden, Herrn D. Schöller über die politischen Folgen dieses Hinsinkens zu beruhigen.

Ad Berlin, 12. Juni. Das Gerücht von der angeht hochbedeutenden Wiederaufnahme des Arminiprozesses dürfte darauf zurückzuführen sein, daß mehrere Mitglieder dieser Kamille geschickte retrospetive Betrachtungen und Vergleiche über die heutige Handlungsweise des Fürsten Bismarck hingeworfen haben, wobei auf die günstigen Aussichten angezogen wurde, welche sich heute für eine solche Rehabilitationsaktion darbieten würden. Aber erst jetzt ist bis zur Stunde an einen solchen Prozeß noch nicht gedacht worden. Würde Herr von Solgerdorff, der berühmte Verteidiger von Armin, noch unter den Lebenden weilen, so würde eine solche Aktion vielleicht schon eingeleitet sein. Gerüchtwiese verlautet übrigens, es werde über den Arminiprozess eine sensationelle publizistische Behandlung in der Form einer Broschüre geplant, worin das Verhalten des Fürsten von Bismarck vor dem Forum der öffentlichen Meinung enger kritisch unterzogen und das problematische Gehände der Anklage genügend beleuchtet werden würde. Bis jetzt aber besitzt dies Gerücht noch keinen größeren Hintergrund.

Die „St. James Gazette“ schreibt, wahrscheinlich inspirirt, wie folgt: „Das Gerücht, die Verhandlungen zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Fürsten von Hessen, sind nunmehr die Deutschen zwischen sich mehr als die Engländer, eine Ordnung der scheinbaren Fragen in dem Schicksal und schon bereit, einen großen Teil ihrer übermäßigen Forderungen fallen zu lassen. Andererseits wird, wie Lord Salisbury kürzlich anbeutete, auch die brit. Regierung einige Konzessionen zu machen haben, falls ein Abkommen erzielt werden soll. Wahrscheinlich werden die Grundzüge eines solchen entgeltlichen Vertrages folgende sein:

1. Die Deutschen räumen Witu und geben alle Ansprüche auf das Hinterland Witu an. Auf diese Weise wird dem britischen Unternehmungsgeist ein Weg nach den fruchtbarsten und volkreichsten Gegenden beim Indus-See und dem oberen Nil gebahnt.
2. Der Kaiser von Victoria räumt Witu und eine Linie gezogen, welche von ungefähr 10 Grad nördl. bis zur Ozeanlinie des Congothal's läuft. Nördlich von dieser Linie ist alles britisch, südlich deutsch. Sierdurch wird das Hinterland in zwei ungleiche Theile getheilt, von denen wir den Österreichern, aber rechnen können. In der Gegend von Witu, aber nördlich, das westliche Gebiet am Indusflusse bis zum Victoria Nyanza wird deutsch. Die deutsche Grenze berührt den Congothal zwischen dem Tanganika und Nyansa-See. Dieser Theil des Vertrages stützt auf den beständigen Widerstand der britischen Gesellschaft.
3. Die Engländer haben das Recht, eine Straße vom Victoria Nyanza nach dem Tanganika-See zu bauen und sollten sie benutzen. Auf diese Weise erhalten wir eine andere Straße, ähnlich der Stevenson'schen.
4. Die Engländer erhalten absolute Kontrolle über die

Stevenson-Straße vom Tanganika bis Nyansa-See, aber die Wegend am Tanganika-See und in Uruaga.

5. Dr. Peters' und seine Verträge werden in Berlin desavouirt.

Der „Standard“ lenkt bereits bedeutend ein giebt den Rath, die Ansprüche Deutschlands in der Hauptstadt zu gewähren.

* Karlsruhe, 12. Juni. In Beantwortung der von den Ultramontanen in der zweiten Kammer gestellten Interpellation um Aufhebung des Altkatholikengesetzes und der Regelung der Rechtsverhältnisse der Altkatholiken als besondere Kirchengemeinschaft erklärt der Kaiserliche Minister Rath, die Regierung lege in der gegenwärtigen Lage keinen Grund, um ihrerseits eine Veränderung der aus der Initiative der Gläubigen hervorgegangenen gesetzlichen Regelung anzutreten; sie werde bemüht sein, etwaige Schwierigkeiten nach wie vor hinsichtlich des Gebrauchs der Kirchengebäude zu beseitigen.

* Braunschweig, 12. Juni. Auch hierin maßgebenden Kreisen werden die Gerüchte, daß Prinz Albrecht von Preußen von der Regentenschaft zurückzutreten beabsichtige als unbegründet bezeichnet.

Zur Arbeiterbewegung.

* Meuselwitz, 12. Juni. Der Anstalt der hiesigen hauer ertrug sich auf den ganzen Stadt- und Landkreis Venedig. Der Bereich der hiesigen hauer, welcher 1000 Mitglieder und 700 Gehilfen zählt, hat dem Fabrikanten-Bereich den Betrag, welcher 1887 gemeinsam zum Zweck öffentlicher Beschäftigung erlangt wurde und zum Zweck der Beschäftigung gelöst worden war, gestiftet. Der hiesigen hauer-Bereich verlangt eine Lohnverhöhung von 25 Prozent, welche der Fabrikanten-Bereich abgelehnt hat.

* Saint Etienne, 12. Juni. Die Zahl der am Anstalt beschäftigten Arbeiter übersteigt nunmehr 9000; 5000-6000 sehen ihre Arbeit fort.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

* Wie der Reichstag, hört die Zusammenkunft der Landeskommission zur Beratung über Verwendung der Fonds für Kunstzwecke in d. F. für die zweite Hälfte des September in Aussicht genommen. Bezüglich der Ergebnisse ihrer früheren Verhandlungen ist hervorzuheben, daß von den in neuerer Zeit zur Ausführung bestimmten monumentalen Arbeiten der Pranken für die Stadt Erfurt zu weit gekommen ist, daß er demnach vollständig sein wird. Er ist von dem Berliner Architekten Schuchardt entworfen; besonders Interesse verdienen die bühnenähnlichen Bestände von Heinz Hoffmeier, welche in getriebener Kupfer durch Umweil in Braunschweig ausgeführt werden. Ferner hat die zum Beschäftigen der hiesigen hauer beabsichtigte Ausmalung der Wände der hiesigen hauer in Berlin ihren Anfang genommen. Das Hauptbild, welches die besten weltlichen Tugenden darstellt, von Prof. Wöhrn in Gelsen-Edenitz ausgeführt, ist vollendet. Die ganze Arbeit wird voraussichtlich noch in d. F. zu Ende geführt werden. Von dem großen für die hiesigen hauer bestimmten Brunnen sind in der Gabelberg'schen Wasserleitung in Friedrichshagen die Hauptstelle im Gub fertig; die Arbeiten für die Fundamentierung des Brunnens werden voraussichtlich noch in d. F. beginnen, so daß die Aufstellung im n. F. zu gewärtigen ist. Zur Revolutionsdenkmäler der Statuenreihe in der Vorhalle des alten Museums wird demnach die Ausführung des Jacob Wassmann'schen Entwurfs in Angriff genommen. Es ist an diesem Zweck eine engere Konkurrenz unter drei Berliner Bildhauern ausgeschrieben worden. Ferner lenkt demnach die Frist einer internationalen Konkurrenz an bildhauerischem Gebiet ab, welche einen Ersatz für die Gabelberg'schen Statuen vor dem Schloss in Charlottenburg zum Gegenstand hat. Die Statuen sollen von der Schöller'schen ihrer Bestimmung nach Potsdam mitgenommen werden; an ihre Stelle sollen Gruppen treten, welche in stilvoller und geschmackvoller Beziehung zu dem Schloß stehen. Die Wahl des Stoffes ist für die Konkurrenz freigegeben. Die Eröffnung eines Denkmals für den Bischof von Brandenburg in Stidelsheim ist für die Ausführung dadurch näher gerückt, daß der Vertrag mit dem Bildhauer Carver in Berlin unmittelbar bevorsteht.

Gerichtsverhandlungen.

* Leipzig, 11. Juni. Wegen des Anfalles der Romane „Abm Weisk“ Der Dämmer der Heides“ und „Die Litten und die Jungen“ am 25. d. gegen die Schriftsteller Wilh. Malloth in Darmstadt und Conrad Sittens (Pseudonym: Conr. Albert), sowie den Buchhändler Friedrich von dem Landgericht hier verhandelt werden. Die Anklage gründet sich auf die §§ 14, 15, 16 des Preßgesetzes. Der Schriftsteller Herr Conrad, welcher ursprünglich ebenfalls zu den Angeklagten gehörte, ist inzwischen gestorben.

Salferstadt, 12. Juni. Der hiesigen Schärmergericht erheben gegen der Arbeiter Konrad Tomack aus Bohlen, der vorläufigen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge angeklagt. Der zuletzt auf Domäne Westerburg in Arbeit stehende S. war

Jahr gegen freien Durchlaß derselben nach Süddeutschland —, wenn für die Waffenzug der Hannoveraner die nötigen Garantien gegeben würden; General Alvensleben werde darüber verhandeln. Der Herzog veranlaßte darauf, um jedes unmissige Mißverständnisse zu vermeiden, den hannoverschen Rittmeister v. D. Wente, nach Langensalza zurückzuführen, um dem König die Berliner Entschlüsse mitzuteilen. König Georg erwiderte, er könne die militärischen Operationen nicht aufheben, sei jedoch bereit, während derselben mit Alvensleben zu unterhandeln. Ohne Zweifel dachte er als siegreicher Eroberer den General in Eilenach zu empfangen.

Angehören die nach Madritsch nach Gotha, daß sich die Medertheil, halbwegs zwischen Gotha und Eilenach, ein Geheft entsponnen habe, und der Herzog erklärte auf neue, die Befehle König Georgs zum Beginn der Feindseligkeiten seien gewiss vor Dammers' Niederlage, also ohne Kenntnis der mit diesem verarbeiteten Waffenzug erlassen worden. Jacobi war derselben Meinung; vollends nach Wismars's Depesche schien ihm jedes Mißverständnisse doppelt frevelhaft, und so willigte er ein, an den hannoverschen Befehlshaber in Medertheil ein Telegramm zu senden, daß nach der Annahme der hannoverschen Friedensvorschlüsse durch Preußen Feindseligkeiten zu vermeiden seien. Dies hatte die Folge, daß der Commandeur der gegen Eilenach vorgehenden Brigade, Oberst Willom, den Angriff einstellte und statt dessen, da seine Regimenter durch das letzte Ein- und Ausmarschieren der Truppen und der Nacht durch ermüdet waren, mit den Eilenach für die bedauerlichen Truppen eine Befestigung bis zum nächsten Morgen vereinbarte. König Georg war außer sich, als er es erfuhr, und fand sich aber doch sehr bemüht, auf diese Abrede anzuschließen, zumal am Abend die Meldung eintraf, daß der gegen in Gotha angelangte General Alvensleben mit dem zur Friedensverhandlung herbeikommenden werde, wenn unterdessen alle Feindseligkeiten eingestellt blieben.

Angehören waren am dringenden Ersuchen des Oberst v. Oßen-Sacken sowohl unter General Decker wie unter Oben Pfistruppen nach Eilenach gerückt; im Laufe des Vormittags des 25. Juni wuchs die dort versammelte preussische Streitkraft auf 11,000 Mann, für welche in jeder Stunde weitere Verstärkung aus Kassel verfügbar war. An ein Durchbrechen der Hannoveraner auf diesem Punkte war nicht mehr zu denken. Gleichzeitig war auf direktem Wege die Besatzung von Berlin aus auch die Besatzung von Gotha verstärkt worden; am Abend des 25. waren beiseite dieser Truppenkontingenten verhandelt in den Wörsen in Langensalza. Eine Einigung fand freilich nicht statt, König Georg wollte nur noch von einer Waffenzug wissen und weitere Garantien als sein künftiges Wort nicht geben. Immerhin aber wurde ein vorläufiger Waffenstillstand verabredet, nach hannoverscher Auffassung der Vereinbarung auf unbestimmte Zeit, bis zur Kündigung nach preussischer auf 24 Stunden. Diese verständigere Auffassung und Verhandlungen in der Meldung des Waffenstillstandes an den höchsten Kommandirenden, General v. Falkenberg, der am Nachmittags des 25. Juni selbst nach Eilenach gekommen war, führten zu neuen Umlagearbeiten, vor allem dazu, daß Oberstleutnant Anders, der als Unterhändler des Königs Georg nach Berlin gehen sollte, von dem preussischen Kommando zweimal zurückgewiesen wurde. Auch unrichtige Meldungen über militärische Maßnahmen der Hannoveraner, die nach Berlin gemeldet waren, trugen zur Vermehrung der Beweislagen bei. Dennoch kam es noch einmal zu Unterhandlungen; auf Wunsch aus Berlin wurde am 26., morgens, Oberst v. Döring nach Langensalza entsandt, um fest, nachdem die hannoversche Truppe tatsächlich umfloss war, den Waffenzug am 14. Juni zu wiederholen; falls Döring nicht Friedensschluß machte, solle nach 10 Uhr der Angriff erfolgen. Noch einmal war eine Möglichkeit eröffnet, im Laufe des 26. zum Frieden zu gelangen. Sie ging ungenutzt vorüber. König Georg war in hohem Zorn über die eben erfolgte zweite

am 2. Juni, mit dem den Arbeiter geleiteter Mittelgassen mit aufrieben, jedoch er in der zur Formine gelöbigen gemeinschaftlichen Spelienfähigkeit seinen Zorn erregte, was nach dem Abgang am Abend vom Inspektor entlassen werden. Dierüber noch mehr als vorher aufgeregt, ging er, am Nachmittag nicht zu der befohlene Arbeit. Gegen Abend traf ihn der Günstigste und machte ihm über sein ungeschickliches Verhalten in Gegenwart von zwei hiesigen Kommern, er erhielt aber noch treulich die Vorlesung, moßte E. fortwährend eine Hand in der Tasche hielt. Mit Recht vermutete man ein Weiser-Mentall, da man am Nachmittag wiederholt bemerkt hatte, daß E. sein Messer geschärft und Drogen ausgehoben hatte. Er verweigerte auf wiederholte Aufforderung die Herausgabe der Hand und ergiff die Flucht. Im Laufe eines Besuchen noch er um 2 Jahre. Die Verfolger waren ihm nachgefolgt, und als der Arbeiter wieder, wurde ihn hervorgerufen, erhielt er plötzlich von E. einen Stich mit einem Taschenmesser hinter das Ohr und nachdem er sich erhoben, von dem inszwischen hervorgekommenen E. noch zwei Stiche in den Rücken; insolge Belegung der Wunde nach 8. Der Angeklagte der deutlichen Sprache nicht mächtig, ist im allgemeinen gefällig, sucht aber kein Verbrechen mit seiner Erregung zu entschuldigen und will sich auch in der Hofprobe betrogen haben. Unter Zurücklegung mitwiderer Umstände wird E. zu 2 Jahr Gefängnis verurteilt.

Ad Dessau, 12. Juni. Das Schürgericht verhandelt heute zunächst in der Strafkammer gegen den Arbeiter Julius Abraham aus Zeitz, 24 Jahre alt, ledig, unbescholten, und gegen den Arbeiter Marie Kompa aus Köthen, 20 Jahre alt, unbescholten, wegen verübten Straßenraubes in Konkursen; mit Körperverletzung und wegen Körperverletzung bzw. Anklage zum Raube. Die Kompa, die „Geliebte“ des Abraham, hatte sich im Nov. v. J. daagabondirend in überhöhter Gegend umhergetrieben und hatte bereits am 22. Nov. in der Wörsen-Gasse in der Nähe der hiesigen hauer den hiesigen hauer besichtigten Arbeiter Franz aus Wörsen getroffen. Die Kompa ergriff hierbei die Kompa, die Franz mit beiden Beinhänden verlor. Sie äußerte hierbei, daß sie auch etwas von dem Geliebten haben möchte. Als an demselben Tage nachmittags gegen 5 Uhr der Arbeiter Friedrich aus Zeitz, 24 Jahre alt, ledig, unbescholten, und der Arbeiter Marie Kompa, 20 Jahre alt, ledig, unbescholten, den Arbeiter Franz aus Wörsen getroffen, wurde er von Abraham und Kompa, die sich ihnen mitwiderer verließ gefolgt hatten, angefallen. Abraham rief ihm zu: „Gib, einen Thaler raus!“ verlegte ihm fast gleichzeitig einen Schlag mit einem Lederschläger über den Kopf, so daß Friedrich zu Boden sankte. Nach der Anklage der Kompa, bezogte dem Arbeiter Kompa, die sich wieder anstreifen und somit nach dem überhöhten Raube gehen, um ihm seine Wunden verbunden wurden. — Abraham hat weiter eines Tages Mitte November v. J. in der Arbeiterkammer der Jüdelstraße überhöht den Arbeiter Franz, mit dem er wegen Contendens von der hiesigen hauer in Wörsen getrieben wurde, um den Arbeiter Kompa, die sich wieder anstreifen und somit nach dem überhöhten Raube gehen, um ihm seine Wunden verbunden wurden. — Abraham hat weiter eines Tages Mitte November v. J. in der Arbeiterkammer der Jüdelstraße überhöht den Arbeiter Franz, mit dem er wegen Contendens von der hiesigen hauer in Wörsen getrieben wurde, um den Arbeiter Kompa, die sich wieder anstreifen und somit nach dem überhöhten Raube gehen, um ihm seine Wunden verbunden wurden. — Abraham hat weiter eines Tages Mitte November v. J. in der Arbeiterkammer der Jüdelstraße überhöht den Arbeiter Franz, mit dem er wegen Contendens von der hiesigen hauer in Wörsen getrieben wurde, um den Arbeiter Kompa, die sich wieder anstreifen und somit nach dem überhöhten Raube gehen, um ihm seine Wunden verbunden wurden.

Ad Gera, 11. Juni. Mit dem 6 Uhr 33 Min. von Weimar hier ankommenden Zuge wurde der berühmte und hochgeachtete Gera- und Ausbreder Preker aus Weichenbach im altemburgischen Weichre von zwei Weichenbach hier eingeliefert. Er war im vorigen Jahre unter sehr schwierigen Umständen durch eine harte Krankheit in die er ein wenig mehr als fünfziges Hochgebrochen hatte, aus dem hiesigen Landgericht'ständige ausgebrochen und hat sich seitdem in der Welt unbeschrieben. Auch die hiesigen und bestimmlirten Nachrichten wachte er abzuklären. Heute wurde Preker von der Staßfurter des hiesigen Landgerichts von 6 Jahren Zuchthaus, 10 S. Geldstrafe und Polizeiaufsicht verurteilt, nach dem von dem Landgericht in Weichenbach, von wo er gefahren abgeleitet worden war, 8 S. Zuchthaus, 10 S. Geldstrafe und Polizeiaufsicht zur erlangt worden.

K. Erfurt, 12. Juni. Wegen Auforderung zur Brandstiftung wurden in heutiger Staßfurtermerrigung der Wörsenburger Junker hier zu 1 Jahre und der Wörsenburger Schöller zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten zwei Wörsenburger entzündet, die Wörsen in Eilenach in Brand zu stecken.

* Götting, 11. Juni. Wegen dreifachen Mordes, ausgeführt an seiner Wörsenburger Tochter Marie, seinem hiesigen Juridicus seines Abgesandten Rudorff, als Döring in Langensalza eintraf.

Von dem kürzlich vorgelassen, fand Döring ein General und einen Civilbeamten bei ihm; er sprach sich mit dem General, daß Majestät zu einem Uebereinkommen, wodurch Unterzügen verbunden würde, nicht geneigt sei; er halte sich aber dennoch verpflichtet, einen Versuch zur Verständigung zu machen. Der König fragte ihn: „Von wem haben Sie Ihren Auftrag?“ und auf Döring's Antwort: „Von Sr. Majestät“, folgte die weitere Frage: „Von wem haben Sie?“ Döring erwiderte: „Döring, der Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.“ Der König rief: „Was will der Mensch?“ Der Döring hat als untergeordnet, zu denken, daß von einem preussischen Minister bei Rede sei. „Nun“, sagte der König, „wir sind alle Menschen; theilen Sie mir Ihren Auftrag.“ Döring las darauf dem König die wesentlichen Inhalt der ihm erhaltenen Instruktion vor. Bei der Stelle, wo nochmals ein Bündnis angeboten wurde, unterwarf sich der König: „Ich was, Bündnis“, und nun folgte ein lebensgefährlicher Erguß, er könne die Vorschläge nur durch einen feierlichen Prozeß gegen das vörsenburger Verfahren Preussens beantworten; man habe seine Parlamentäre angehalten, mit ihm auf unbestimmte Zeit Waffenstillstand geschlossen, und nachdem er darauf bauend, seine Truppen in weilläufige Kantonnements verlegt, viele man gegen ihn vor. Döring warf ein, daß er nur von einer 24stündigen Waffenzug wisse, welche abgelaufen sei. „Nun“, rief der König, „Alvensleben hat auf unbestimmte Zeit geschlossen, und seine beiden Begleiter beauftragten die Angabe.“ „Nun denn“, erklärte darauf Döring, „in diesem Falle halte ich mich berechtigt, den Stillstand zu kündigen, und wenn E. Majestät bei der Ablehnung der Anträge beharren, so wird dies geschehen, und der Angriff erfolgen.“ „Ich habe“, schloß der König, „Ihren weislich nicht mitgetheilt, als die Wiederholung meines Prothes.“

Abonnements-Einladung zum 3. Quartal.

Pro Quartal 2,50 Mark bei allen Postanstalten.

Erscheint jeden Sonntag.

Berliner Börsen-Circular

Wochenschrift

(4 bis 8 Seiten stark)

für alle finanziellen Angelegenheiten.

Zu der Preisliste aufgeführt unter Nr. 852.

Herausgeber: Paul Polke (Bankgeschäft).

Besprechung aller Börsenpapiere.

Information über alle Börsenwerthe.

Geldsendungen, Briefe und Anfragen sind ausschliesslich zu adressiren an:

Paul Polke, Bankgeschäft, Berlin W., Charlottenstrasse 25-26, nahe der Leipzigerstrasse.

Telegramm-Adresse: „Polkebank“. — Reichsbank-Giro-Conto. — Telephon Amt 1, No. 894.

Das am Sonntag den 15. Juni a. er. erscheinende „Berliner Börsen-Circular“ enthält eine eingehende Besprechung der Verhältnisse von: Finanzgeschäfte contra patriam (Preuss. Consols, Deutsche Reichsanleihe oder Türken, Serben, Russen, Egyptianer, Mexicaner, Argentinier 2c. 2c.), Gotthardbahn, Rhein-Nassau, Ostpreuss. Südbahn, Chemnitzer Färberei Körner, Riebeck Montan, Schles. Kohlen, Stollberger Zink u. einen über alle Börsenwerthe informirenden Briefkasten.

Probenummern gratis.

Einer Besprechung werden demnächst im „Berliner Börsen-Circular“ folgende Gesellschaften unterzogen:

Aachen-Höngen
Louise Tiefbau
Berzelius
Danziger Oelmühle
Lauchhammer
Berliner Cassenverein
Deutsche Genossensch.-Bank
Hagener Guss
Eschweiler
Allgem. Elektrizitätswerke
Harburg-Wien
Süchs. Gussstahl
Brüxer Kohlen
Phönix. — Cröllwitz
Mitteldeutsche Creditbank

Buschschneider
Lüttich-Limbürg
Türk. Tabak
Consolidation
Admiralsgarten
Berliner Holzcomptoir
Oberschles. Eisenh.-Bed.
Hartmann Maschinenfabrik
Schles. Bankverein
Spinnerei „Vorwärts“
Breslauer Discontobank
Düsseldorfer Draht
Kurfürstendamm
Riebeck Brauerei
Freund, Maschinenfabrik

Malz-Ludwigsbafen. Eisenb.
Zettler Eisengiesserei
Hein. Lehmann
Körbsdorfer Zucker
Kramsta. — Ludwig Löwe
Gladenbeck
Kapler Maschinen
Königsstadt
Oldenb. Spar- u. Leihbank
Norddeutsche Bank
Schaffhausen Bankverein
Hörber Bergwerk
Westfäl. Draht
Lombarden
Nordd. Wollkämmerel

Passage
Schultheiss Brauerei
Thiergarten-Bauwerk.
Pressspan
Lothringer Eisenwerke
König Wilhelm Bergwerk
Elsenthal
Frankfurter Glüherb.
Hofelbrauerei
Oppelner Cement
Bredower Zucker
Fonrobert
Mittelmeerbahn
Norddeutsche Eiswerke
Leykam-Josefthal

Baugesellschaft Moabit
Aachener Disconto-Bank
Schweizer Westbahn
Northern Pacific
Prister & Rossmann
Köhlmann
Schwartzkopf
Sudenburger Maschinen
Argentinische } Werthe
Mexikanische }
Egyptische }
Braunschweiger Jute
Dortmunder Union
Harpenner
Laurahütte etc. etc.

Unser Programm.

Der Leserkreis des „Berliner Börsen-Circular“ vergrößert sich von Tag zu Tag in solchem Maße, daß wir trotz der starken Auflage nicht immer der Nachfrage genügen können. Was das „Berliner Börsen-Circular“ schnell beliebt machte und ihm den Eingang in alle Kreise erschloß, ist die anerkannt sachliche und zugleich zutreffende Beurtheilung der verschiedenen Börsenpapiere.

Unser Programm lautet: genaueste, aus den besten Quellen geschöpfte Information über alle an der Börse gehandelten Werthe.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß das große, der Börse fernstehende Publikum in der Regel erst dann zum Ankauf eines Werthpapiere sich entschließt, wenn letzteres tagtäglich eine Kurssteigerung erfährt. In der Voraussetzung, daß die Kursbewegung weiter andauern wird, werden nur zu oft Werthpapiere erworben, die aus dem oder jenem Grunde unabweislich Verluste bringen müssen.

Wie ein sehr großer Theil des Publikums nur bei einer plötzlichen, oftmals unmotivirten Kurssteigerung Papiere ohne Rücksicht auf deren Bonität zu kaufen pflegt, so sucht es sich des Besitzes wieder zu entledigen, sobald die Kurse zu weichen beginnen.

Diese Manipulation hat sich schon oft bitter gerächt. Bevor man ein Werthpapier zu erwerben gedenkt, ist es unbedingt geboten, dasselbe auf seinen inneren Werth sorgfältig zu prüfen; nicht die fortwährend schwankenden Dividenden, sondern ganz besonders die innere Lage und Verhältnisse einer Gesellschaft müssen für den An- und Verkauf maßgebend sein. Kennt man seinen Besitz in dieser Hinsicht, so können Kurschwankungen nicht heurnühigend wirken.

Von diesem Gesichtspunkte geleitet, unterziehen wir die verschiedensten Werth-Papiere einer sachgemäßen Grörterung und bezeichnen auch zugleich diejenigen, deren Erwerb nicht rätthlich erscheint.

In einem Briefkasten des „Berliner Börsen-Circular“, welchem wir nicht ganz besondere Aufmerksamkeit schenken, werden die an uns gerichteten Anfragen über die verschiedenen Werthpapiere zum Nutzen aller Interessenten beantwortet.

Abonnements auf das einmal wöchentlich am Sonntag erscheinende

Berliner Börsen-Circular

nehmen entgegen alle Postanstalten (Postliste Nr. 852) und Zeitungs-Expeditionen zum Preise von: 2 Mk. 50 Pf. pro Quartal.

Bei directer Zusendung unter Kreuzband 3 Mk. pro Quartal.

Zum An- und Verkauf aller Werthpapiere, wie zur Einlösung sämtlicher Coupons empfiehlt sich

BERLIN W.,
Charlottenstrasse 25/26,
nahe der Leipzigerstr.

Paul Polke, Bankgeschäft,

BERLIN W.,
Charlottenstrasse 25/26,
nahe der Leipzigerstr.

Neu hinzutretende Abonnenten pro III. Quartal erhalten die Summ-Nummern gratis.

Neu hinzutretende Abonnenten pro III. Quartal erhalten die Summ-Nummern gratis.